



Debatte um internationale Studenten: Da Ausländer, die in Österreich ihr Studium absolviert haben, die „idealen Zuwanderer“ seien, sollte man ihnen einen Verbleib in Österreich vereinfachen, so die Unis.

[Fabian Hainzl]

Ausländische Studenten. Dass Nichtösterreicher fürs Studium an Unis nichts oder nur wenig bezahlen müssten, sei verwunderlich, heißt es aus der **Universitätenkonferenz**. Die Rot-Weiß-Rot-Card solle reformiert werden.

Ausländer: Unis bemängeln Gebührenregelung

VON JULIA NEUHAUSER

Wien. Beim Umgang mit ausländischen Studierenden gibt es Verbesserungspotenzial – das sehen auch die Universitäten so, an denen fast jeder vierte Studierende aus dem Ausland kommt. An allen heimischen Hochschulen – also inklusive Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen – liegt die Ausländerquote bei 14,7 Prozent und damit im internationalen Spitzenfeld. Mit Australien, Neuseeland, der Schweiz und Großbritannien zählt Österreich zu den OECD-Staaten, die den höchsten Anteil ausländischer Studierender aufweisen. Eine Tatsache, die die Unis grundsätzlich positiv sehen, wie sie immer wieder betonen. „Die Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass die österreichischen Universitäten bei der Attrahierung internationaler Studierender sehr erfolgreich sind“, heißt es im aktuellen Internationalisierungs-panorama der **Universitätenkonferenz**, das der „Presse“ vorliegt.

Dass die ausländischen Studierenden für den Staat auch eine (finanzielle) Belastung sein können, wie „Die Presse“ das in einem Artikel vor rund einem Jahr formulierte, wollen die Unis demnach auch nicht so stehen lassen. Dass „die Erfolglosen kommen, das Falsche studieren, nur öffentliche Kosten verursachen, zu selten bleiben und aus den falschen Herkunftsstaaten stammen [...]“, kann generell weder verneint, noch bestätigt werden“, heißt es in dem Papier, das unter Federführung des Migrationsexperten Heinz Fassmann, des Vorsitzenden des **Forums In-**

ternationales der **Universitätenkonferenz**, erarbeitet worden ist.

Handlungsbedarf gibt es laut dem Uni-Papier aber dennoch – und zwar zuallererst bei einem der heikelsten Themen: den Studiengebühren. So wird kritisiert, dass ausländische Studierende eine Dienstleistung „konsumieren“, für die zurzeit keine oder keine nennenswerte Kostenbeteiligung eingefordert werden dürfe. Fast alle anderen öffentlichen Dienstleistungen – von der Benützung von Autobahnen bis zum Ausstellen eines Reisepasses – würden nur gegen entsprechende Beiträge zur Verfügung gestellt. Überall dort, wo ausschließlich steuerfinanzierte Dienstleistungen angeboten werden, könne man annehmen, dass die „Konsumenten“ (oder deren Eltern) eine entsprechende Steuerleistung erbracht hätten oder dies tun. „Nur bei der Zur-Verfügung-Stellung der universitären Ausbildung ist die öffentliche Hand ausgesprochen großzügig.“

Uni-Absolventen „ideale Zuwanderer“

Dass ausländische Studierende für das Studium in Österreich nichts bzw. nur wenig bezahlen müssen, obwohl weder von ihnen noch von ihren Eltern entsprechende Steuerleistungen vorhanden sind, sei „international verwunderlich“. So würden die Studienbeiträge ausländischer Studenten in vielen anderen – auch europäischen – Staaten als wichtige Einnahmequelle erachtet. Zudem gebe es eine Ungleichbehandlung: „Warum Fachhochschulen beispielsweise kostendeckende Studiengebühren von Drittstaatsan-

gehörigen verlangen dürfen und Universitäten nicht, ist nur schwer nachvollziehbar.“

Auch, dass viele ausländische Studierende nach dem Abschluss das Land verlassen, sehen die Unis als Problem. Die Hochschulen wünschen sich, dass diese häufiger und länger bleiben: „Damit sich ein fiskalischer Nutzen einstellt, sollten ausländische Studierende nach Abschluss ihres Studiums in Österreich bleiben, ihr erworbenes Humankapital produktiv einsetzen und über ihre Steuerleistung die Ausbildungskosten refinanzieren.“ Es gehe nicht darum, die ausländischen Studienabsolventen zum Hierbleiben zu zwingen – aber darum, die entsprechenden Optionen zu verbessern. Da Ausländer, die in Österreich ihr Studium absolviert haben, die „idealen Zuwanderer“ seien, sollte

man ihnen einen weiteren Verbleib in Österreich vereinfachen. Die Unis sprechen sich daher für eine Überarbeitung der Rot-Weiß-Rot-Card aus. Die geforderte Einkommensgrenze sollte herabgesetzt, die Suchdauer für einen Job verlängert werden.

Rolle in außenpolitischen Konzepten

Und einen weiteren Wunsch haben die Unis: Idealerweise sollten die ausländischen Studenten nach einer gewissen Zeit in die Herkunftsländer zurückkehren. So könnten sie eine „wichtige Brückenkopffunktion wahrnehmen“ und die Marke Österreich im Ausland prägen. Einen Rat gibt es auch für Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP): Ausländische Absolventen sollten in außenpolitischen Konzepten eine Rolle spielen.

SPÖ-Kritikerin an der SJ-Spitze

Sozialistische Jugend. Mit Julia Herr steht künftig die erste Frau an der Spitze der SPÖ-Jugend. Die Burgenländerin fiel zuletzt mit Kritik auf.



Graz. Die SPÖ wird mit der neuen Spitze der Sozialistischen Jugend (SJ) weiterhin keine Freude haben, so viel ist nach der Wahl klar. Nach dem Abgang des langjährigen SJ-Vorsitzenden Wolfgang Moitzi („Der Apparat hat mit internen Kritikern keine Freude“) hat die SPÖ-Jugendorganisation seit dem Wochenende mit Julia Herr eine neue Chefin. Nicht nur ist die bisherige frauenpolitische Beauftragte der SPÖ-Jugend in 120 Jahren die erste weibliche und die bisher jüngste Chefin der SJ – sie fiel zuletzt vor allem mit Kritik an der Mutterpartei auf.

Dass die 21-jährige Burgenländerin überhaupt einen größeren Bekanntheitsgrad erreicht hat, liegt aber eigentlich an Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) – und einem Auftritt Herrs, der irgendwie an den jungen Josef Cap und seine drei Fragen an den damaligen burgenländischen Landeschef, Theodor Kery, erinnerte, die ihm schließlich den Einzug ins Parlament sicherten.

Beim SPÖ-Parteirat im Februar wollte Herr den roten EU-Spitzenkandidaten Eugen Freund zum Parteieintritt auffordern. Heinisch-Hosek warf die Gastrednerin ziemlich

unsanft vom Podium – und der Name Julia Herr war innerhalb weniger Tage auch Menschen außerhalb der SPÖ-Jugend ein Begriff. Das entsprechende Video wurde auf YouTube inzwischen mehr als 130.000-mal angesehen. Herr selbst gab sich von dem ministeriellen Ruffel unbeeindruckt: Nur eine kritische SJ könne eine gute SJ sein.

SPÖ soll die Regierung verlassen

Entsprechend kämpferisch gibt sich die Soziologiestudentin auch nach ihrer Wahl zur SJ-Chefin: „Die Sozialdemokratie hat jegliche Glaubwürdigkeit in den vergangenen Jahren verspielt. Sie rettet lieber Banken als unser Bildungssystem“, sagt Herr. Die ihrer Meinung nach nötige Konsequenz: Die SPÖ solle die Regierung verlassen. „Wenn Wohnbau-, Bildungs- und Beschäftigungsoffensiven wieder abgesagt werden oder sogar von vornherein nicht einmal geplant waren, zeigt das nur, dass es in dieser Koalition für die Sozialdemokratie keine Zukunft gibt.“

Dass sie die erste weibliche SJ-Vorsitzende ist, sieht Herr als Zeichen, dass der Kampf um Gleichberechtigung fortgesetzt werden müsse. Zumindest bei dieser Wahl wäre aber ohnehin eine Frau zum Zug gekommen: Julia Herr setzte sich knapp gegen die Oberösterreicherin Fiona Kaiser durch. (beba)

BMF
BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

„Bis wann habe ich mit meiner Arbeitnehmer-
 veranlagung Zeit?“

Besser abschneiden! ✂

Der Antrag muss **innen 5 Jahren** gestellt werden. Für 2013 haben Sie daher bis Ende Dezember 2018 Zeit. Den Antrag können Sie elektronisch über FinanzOnline übermitteln oder in Papierform persönlich bei Ihrem Finanzamt abgeben oder per Post senden.

Frage? Antwort: www.bmf.gv.at/steuertipps